

Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen e. V.

BSD e.V., Wilhelmine-Gemberg-Weg 10, 10179 Berlin

Christlich Demokratische Union
Deutschlands (CDU)
z. Hd. H. Laschet + H. Ziemiack
Klingelhöferstr. 8
101785 Berlin



Bundesverband Sexuelle
Dienstleistungen e.V.
Wilhelmine-Gemberg-Weg 10
10179 Berlin
Telefon: +49-(0)174-9199246
e-mail: info@bsd-ev.info
www.bsd-ev.info

25. 07. 2021

Bundestagswahl 2021 und Prostitution

Sehr geehrter Herr Laschet, sehr geehrter Herr Ziemiak,

als Bundesverband der Prostitutionsbranche vertreten wir die Interessen unserer Mitglieder, die Bordellbetreiber*innen und selbstständige Sexarbeiter*innen sind, aber auch Steuerberater, Psychologen und Werbeportale als Fördermitglieder. Zudem werden unsere Aktivitäten von vielen Bordellbetreiber*innen und Sexarbeiter*innen verfolgt, die sich eher als „Einzelkämpfer*innen“ verstehen und einer politischen Vertretung – wegen der jahrzehntelangen Diskriminierung und Stigmatisierung der Branche - skeptisch gegenüber stehen.

Die Corona-Pandemie hat seit Mitte März 2020 deutlich gemacht,

- wie wenig über die tatsächlichen Strukturen in den verschiedenen Prostitutionsstätten und die realen Arbeits- und Lebensbedingungen der einzelnen Akteure bekannt ist,
- wie leicht freiwillige Sexarbeit gleichgesetzt wird mit Zwangsprostitution und Menschenhandel und Ausbeutung der sexuellen Arbeitskraft (was Straftatbestände sind: § 232 ff StGB),
- wie schnell Klischees und Vorurteile genutzt wurden für z. B. Corona-Lockdowns und – Einschränkungen – entgegen dem Schutz der Grundrechte von Sexarbeiter*innen und Bordellbetreiber*innen.

Vereinsregister des Amtsgerichtes
Berlin Charlottenburg VR 21858 B
Postbank Hamburg, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE18 1001 0010 0820 8731 07

Sexkaufgegner*innen, auch Mitglieder Ihrer Partei, nutzten sogar den Corona-Lockdown für ihre Forderung nach einem Sexkaufverbot und der gänzlichen Schließung aller Bordelle

- ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass besonders das ProstSchG die Branche einer genauen Überprüfung und Reglementierung unterwirft – mit bei weitem mehr Auflagen als denen der anderen Branchen im Gewerbebereich,
- bei stetigen Steuerzahlungen (z. T. auch der zusätzlichen kommunalen Vergnügungssteuer)
- und der großen Not vieler Sexarbeiter*innen, die mit der Schließung der Bordelle ihren Arbeitsplatz, ihr Einkommen und ihren privaten Wohnraum verloren hatten, auch wegen struktureller Fehler keine Coronahilfen erhielten; um zu überleben mussten sie – trotz teilweisem Verbot weiterhin anschaffen gehen.

So wurden die schon vielfach beschriebenen Mängel im Gesellschaftssystem, einhergehend mit der starken Ausgrenzung der Prostitutionsbranche nochmals deutlich: fehlender Krankenversicherungsschutz, Wohnraum und Professionalisierung sind die Hauptthemen. Hier bedarf es endlich der breiten politischen Bemühung um Lösungen.

Ein Sexkaufverbot stellt keine Lösung dar, sondern wird weitere Probleme initiieren (auf jeden Fall ein Abdrängen der Sexarbeiter*innen in Randgebiete, die für sie gefährlicher sind und wo sie nicht ansprechbar sind).

Wir verfolgen als Bundesverband einen rechtebasierten Ansatz und fordernd eine Gleichstellung der Sexarbeit mit anderen Erwerbsbranchen- in allen Bereichen (www.sexarbeit-gleichstellen.de).

Unseren Mitgliedern und alle anderen Interessierten wollen wir mit Ihren Antworten auf unsere „Wahlprüfsteine“ einen guten Überblick geben,

- wie genau sich die zur Wahl stellenden Parteien überhaupt mit dem Thema Sexarbeit befassen,
- was Ihre Haltung zur Sexarbeit ist
- und was die Branche an Aktivitäten in der folgenden Wahlperiode erwarten kann.

Wir haben das Wahlprogramm der CDU/CSU daraufhin geprüft und haben folgende Passage zur Prostitution gefunden:

„Prostituierte wirksamer schützen

3901 Nach wie vor gibt es trotz klarer Verbote Zuhälterei, Zwangsprostitution und Menschen-
3902 handel. Dieser Zustand ist für uns inakzeptabel. Dabei gilt es, sowohl dem Schutzauftrag
3903 des Staates für die Schwächsten als auch der Gewährleistung der Berufsfreiheit gerecht
zu

3904 werden.

3905 • Wir wollen Prostitution von Schwangeren sowie Heranwachsenden unter 21 Jahren ver-
3906 bieten – mit einer entsprechenden Bestrafung der Freier.

3907 • Wir wollen darauf hinwirken, dass der Straßenstrich aufgrund der dort oft besonders
3908 menschenunwürdigen Bedingungen stärker reguliert wird.

3909 • Wir werden die Bund-Länder-Zusammenarbeit verbessern, damit das Prostituierten

3910 schutzgesetz effektiver durchgesetzt werden kann. Wir wollen eine deutlich schärfere
3911 Kontrolle des Prostitutionsgewerbes und intensivere Ermittlungen beim Menschenhan
3912 del.
3913 • Die Evaluierung des Prostitutionsschutzgesetzes wollen wir vorziehen. Wer
Prostituierte
3914 ausbeutet oder sich der Zuhälterei schuldig macht, soll härter bestraft werden können.
3915 Den Ausstieg aus der Prostitution wollen wir stärker unterstützen.“
(<https://www.cdu-inden.de/content/2-aktuelles/20210621-wahlprogramm-der-cdu-csu-zur-bundestagswahl-2021/wahlprogramm-2021.pdf>)

Wir vermissen hier leider Empowerment für Sexarbeiter*innen, die Stärkung ihrer Rechte und jegliche Form von Professionalisierung.

Wir bitten um Beantwortung unserer beiliegenden Fragen und danken vorab für Ihre Unterstützung zur Erstellung unserer Wahlprüfsteine. Bzgl. der vielen anderen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und klimapolitischen Themen verweisen wir z. B. auf den bewährten Wahl - O - Mat der Bundeszentrale für politische Bildung (<https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/>), der leider das Thema Sexarbeit völlig ausblendet.

Mit freundlichen Grüßen

Stephanie Klee/Vorstand
Tel. 0174 91 99 246